Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/690
12.06.2008

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

40. Sitzung (öffentlich)

12. Juni 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Sachstandsbericht über die im Auftrag der Landesregierung durchgeführte Untersuchung über die Verwendung von Studiengebühren in NRW **8**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1856

In Verbindung mit:

Transparenz bei Studiengebühren herstellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3840

Sowie:

Studiengebühren nicht nur aussetzen, sondern abschaffen

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3911

In Verbindung mit:

Weniger war nie. Studiengebühren abschaffen – Hochschulpakt umsetzen – Verantwortung übernehmen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4248

Ausschussprotokoll 14/617

> Der Antrag der Fraktion der SPD „Transparenz bei den Studiengebühren herstellen“ Drucksache 14/3840 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.
>
> Der Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen „Studiengebühren nicht nur aussetzen, sondern abschaffen“ Drucksache 14/3911 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von Bündnis 90/Die Grünen und SPD abgelehnt.
>
> Der Antrag der Fraktion der SPD „Weniger war nie. Studiengebühren abschaffen – Hochschulpakt umsetzen – Verantwortung übernehmen“ Drucksache 14/4248 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

2 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6152

Ausschussprotokoll 14/644

Der Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und FDP Drucksache 14/6152 wird unter Berücksichtigung der vom Vorsitzenden erwähnten redaktionellen Änderung mit den Stimmen aller vier Fraktionen einstimmig beschlossen.

3 Innovation für Klimaschutz und Arbeitsplätze fördern - Architekturausbildung reformieren 17

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6001

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1865

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6001 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

4 Errichtung eines Internationalen Zentrums für Philosophie in Nordrhein-Westfalen 19

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6151

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1859

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 14/6151 wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

5 Wer Exzellenz will, muss auch die Lehre fördern 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6158

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6158 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Bauliche Zustände an den Hochschulen in NRW 25

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/1866

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag seines Vorsitzenden und der Grünen-Fraktion einverstanden, den Bericht der Landesregierung in der heutigen Sitzung zur Kenntnis und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die Tagesordnung einer Sitzung zu nehmen.

7 Situation der behinderten Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen in NRW 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/1860

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf. Bei Bedarf seitens der Fraktionen wird das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

8 Ergebnisse der GWK-Sitzung zum Hochschulpakt II 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlagen 14/1857 und 14/ 1858

Aus dem Ausschuss ergibt sich aktuell kein weiterer Diskussionsbedarf zum Thema des Tagesordnungspunktes. Das Thema soll bei Bedarf erneut aufgerufen werden.

9 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ (Ingenieurgesetz - IngG) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6246

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6246 wird unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen einstimmig angenommen.

10 Fachkräftemangel bei Ingenieurinnen und Ingenieuren und Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler gemeinsam mit den Hochschulen und Betrieben vor Ort bekämpfen 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6681

Der Ausschuss sieht auf einen entsprechenden Hinweis von Karl Schultheis (SPD) vor dem Hintergrund, dass der Antrag der SPD-Fraktion in die Anhörung einbezogen wird, keinen Bedarf, in der heutigen Sitzung in die Diskussion einzusteigen.

11 Beschlussfassung zur Durchführung einer Reise des Ausschusses 31

Der Ausschuss fasst nach entsprechenden Hinweisen seines Ausschussvorsitzenden und ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird im Zeitraum 17. bis 19./20 November 2008 in Ausschussstärke und in Begleitung durch den Vorsitzenden eine Reise in die Schweiz durchführen.

Die Schwerpunktthemen bilden hierbei die Forschungsförderung und das Hochschulsystem. Neben Gesprächen mit Regierungsvertretern und Regierungsvertreterinnen soll ein Treffen mit Vertretern und Vertreterinnen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen geplant werden. Die Termine werden im Raum Bern/Zürich organisiert.

12 Beschlussfassung über einen Sitzungsplan des Ausschusses in 200932

Der Ausschuss erzielt Einvernehmen über den als **Anlage** zu diesem Ausschussprotokoll beigefügten Sitzungsplan des Ausschusses für das Jahr 2009.

* * *

2 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6152

Ausschussprotokoll 14/644

Ausschussvorsitzender Ewald Groth erinnert an die Ausschussanhörung von Sachverständigen am 24. April 2008. Für heute sei der letzte Beratungsgang in Verbindung mit der Abstimmung vorgesehen.

Bevor der Ausschuss in die Diskussion einsteige, habe er mitzuteilen, dass in der Beschlussempfehlung ans Plenum im Gesetzestext der Begriff „Sekretär/-in“ durch den Begriff „Sekretar/-in“ ersetzt werde. Diese redaktionelle Änderung werde aufgrund eines Büroversehens erforderlich. Weitere Änderungsanträge lägen ihm nicht vor.

Der mitberatende Kulturausschuss habe in seiner Sitzung am 11. Juni 2008 einstimmig entschieden, den Gesetzentwurf ohne Änderungen anzunehmen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) unterstreicht die breite Zustimmung, die die Anhörung gezeigt habe. Er empfehle ein Ja zum Gesetzentwurf.

Ihre Fraktion habe dem Antrag von Anfang an offen gegenübergestanden, legt **Ulrike Apel-Haefs (SPD)** dar, auch wenn man einige Bedenken und Nachfragen gehabt habe. Die Chancen bei der Einrichtung einer neuen Klasse der Künste seien allerdings höher als die Risiken zu bewerten.

Wichtig bleibe eine Antwort auf die Frage nach der Finanzierung. Diesen Aspekt hätten auch die Professorten hoch eingestuft. Ohne eine schlüssige Finanzierung bleibe es bei einer bloßen Ankündigung. Beispielsweise könnten Budgets für die einzelnen Klassen eingerichtet und dort selbstverantwortlich verwaltet werden, wie dies am Beispiel von Mainz dargestellt worden sei.

Die Stellungnahmen zum Gesetzentwurf seien während der Anhörung überwiegend positiv ausgefallen, bemerkt **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**. Fragen in Richtung Finanzierung seien einigermaßen ausgeräumt worden. Sie plädiere für einen weiteren Bericht im Sinne einer Evaluierung nach einem Jahr, der Auskunft über die finanzielle und inhaltliche Entwicklung geben solle. Die Budgetidee könne durchaus infrage kommen.

Für ihre Fraktion begrüße sie den angedachten Diskurs, der sowohl befruchtend sein könne als auch eine gewisse Verjüngung in das Zentrum bringe. Interdisziplinarität sei ebenfalls wünschenswert.

Christian Lindner (FDP) anerkennt, dass die Opposition ihre anfänglichen Bedenken durch die Anhörung weitgehend ausgeräumt sehe. Ein möglicherweise sehr geschlossenes Signal an die Akademie der Wissenschaften sei erfreulich. Nichts spreche im Übrigen gegen eine regelmäßige Unterrichtung zur weiteren Entwicklung der Akademie.

Karl Schultheis (SPD) kommt auf den Aspekt der finanziellen und temporär begrenzten Beteiligung an der Nationalen Akademie zu sprechen. Weder die Beiträge noch der Zeitraum der Beteiligung seien quantifiziert worden. Er erwarte, dass das Engagement – sobald es auf nationaler Ebene nicht mehr erforderlich sei – in Richtung der nordrhein-westfälischen Akademie umgeleitet werde. Dazu erbitte seine Fraktion etwa mit Blick auf den nächsten Haushalt eine politische Finanzierungsaussage durch die Landesregierung.

Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) teilt zur Finanzierungsfrage mit, die Landesregierung habe für das kommende Jahr eine Ansatzsteigerung in Höhe von 60.000 € vorgesehen. Die Akademie habe nach seiner Erinnerung die erforderliche Finanzierung für das laufende Jahr aus eigenen Mitteln aufbringen können. Mit einem entsprechenden Beschluss des Parlaments werde es ab dem nächsten Jahr eine Ansatzerhöhung geben.

Hinsichtlich der Nationalen Akademie liefen die Verhandlungen noch. Deshalb könne er zu konkreten Finanzierungsfragen noch keine Aussage machen. – Überlegungen, zukünftig eine Finanzierung über ein Budgetverfahren für die einzelnen Klassen zu realisieren, wie das beispielsweise in Mainz gemacht werde, gebe es nicht.

> Der Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und FDP Drucksache 14/6152 wird unter Berücksichtigung der vom Vorsitzenden erwähnten redaktionellen Änderung mit den Stimmen aller vier Fraktionen einstimmig beschlossen.